

**Wohnungswirtschaft stellt sich auf demografischen Wandel ein
Tagung der Branche in Baden-Baden**

Baden-Baden 07.10.2011 Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft nimmt alljährlich auf ihrer Herbsttagung in Baden-Baden zentrale gesellschaftliche und branchespezifische Themen auf. Bei der diesjährigen Veranstaltung in der vergangenen Woche standen die Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen für die Branche im Vordergrund. Zudem diskutierten die Vertreter über die Themen des Stadtumbaus, der zukunftsgerichteten Medienversorgung und die Chancen und Risiken durch Social Media.

Die Referenten bescheinigten dem Immobilienmarkt in Baden-Württemberg gute Noten. Er sei groß, stabil, zukunftsfähig, wachstumsorientiert und gibt Impulse für die Gesamtkonjunktur. Noch steigt auch die Zahl der Haushalte in Baden-Württemberg. Der Wunsch nach mehr Wohnfläche pro Person ist ungebrochen. Bis zum Jahr 2025 braucht es – so die Experten - jährlich insgesamt den Bau von rund 52.000 zusätzlichen Wohneinheiten in Baden-Württemberg. Weil sich aber nicht nur der Altersdurchschnitt der Bevölkerung hebt, sondern sich zunehmend auch die Lebensformen und Einstellungen sowie die Einkommen und Wohnwünsche der Mieter und Käufer verändern, braucht es auch weiterhin ein breites Wohnungsangebot. Die Wohnungs- und Immobilienunternehmen werden zukünftig noch zielgruppenspezifischer bauen und umbauen müssen. Nahezu von allen Kunden werden urbane, innerstädtische Standorte vorgezogen, die eine gute infrastrukturelle Anbindung und eine ruhige Lage verbinden.

Alle Referenten aus den Wirtschafts- und Sozialunternehmen bedauerten die Entscheidung der Bundesregierung, das KfW-Programm zum „Altersgerechten Umbauen“ zum Jahresende 2011 einzustellen. Die Verbandsdirektorin des vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen

e.V. Sigrid Feßler nannte die Einstellung des Programms einen „großen Fehler“. „Der Bedarf an Wohnraum, der den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht wird, steigt beständig an. Wir verstehen nicht, dass die Bundesregierung hier nicht mehr Weitsicht zeigt. Möglich wäre beispielsweise eine Verknüpfung mit den Programmen zur ebenso wichtigen energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes“, sagte Feßler. Die Branche setze stetig weitere technische und konzeptionelle Möglichkeiten kooperativ um. Der Staat dürfe sich nicht aus der Unterstützung dieses zentralen Zukunftsfeldes zurückziehen.

Die wohnungswirtschaftliche Branche, die in Deutschland insgesamt einen Anteil von 12,2 Prozent an der Wertschöpfung trägt, ist auch beim Thema Stadtumbau ein wichtiger Partner der Kommunen. Gemeinsam stellen sie sich der Herausforderung den Stadtumbau, den Klimaschutz und den sozialen Zusammenhalt wirtschaftlich tragbar zu gestalten. Sie tragen dazu bei, dass sich die Wohn- und Arbeitsverhältnisse durch die städtebauliche Neuordnung, die Anpassung des öffentlichen Raumes und der Infrastruktur verbessern. „Konjunktur- und sozialpolitisch ist die Kürzung der Städtebaufördermittel des Bundes kontraproduktiv und unverantwortlich. Wir begrüßen hier das bisherige hohe Engagement des Landes“, so Feßler abschließend.